



Georgsmarienhütte im Gespräch

Sozialdemokratische Bürgerinformation

Herausgeber: SPD - Ortsverein & SPD - Ratsfraktion GM Hütte

Nr. 1 1277

Dezember 1977

Das aktuelle Interview

Heute mit dem Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Helmut Stahlmann

GiG: Ein Jahr kommunalpolitischer Tätigkeit liegt seit den Wahlen im Herbst 1976 hinter uns. Welche Ergebnisse zeichnen sich für die SPD - Fraktion ab?

H. Stahlmann: Die SPD-Fraktion hat sich drei große Ziele gesetzt:

1. mehr soziale Leistung
2. mehr Lebensqualität
3. mehr Mitwirkung der Bürger

Zu den ersten Aufgabengebieten kann folgendes gesagt werden:

Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung in Georgsmarienhütte ist weiter verbessert worden. Das Krankenhaus hat einen neuen Chefarzt - einen Facharzt für Chirurgie - und einen neuen Oberarzt bekommen, die Anästhesie ist sichergestellt, die Belegmöglichkeit durch einen Urologen eingeleitet. Die Belegung soll wie folgt eingeteilt werden:

Innere Krankheiten	42 Betten
Chirurgie	46 Betten
HNO & Urologie	32 Betten
gesamt	120 Betten

An dieser Stelle möchte die SPD - Fraktion nicht versäumen, dem aus- geschiedenen Chefarzt, Dr. Mülver- stedt, herzlichen Dank für die vorbildliche Arbeit zu sagen, die er in langen Jahren im Krankenhaus geleistet hat. Ausgerüstet mit

außergewöhnlichen Fachkenntnissen hat Dr. Mülverstedt unermüdlich zum Wohle der Bevölkerung gewirkt, wobei im Mittelpunkt nicht die Krankheit des Patienten allein, sondern der Mensch in seiner Gesamt- persönlichkeit stand. Der persön- liche Kontakt mit den kranken Menschen hat vielen geholfen, ihre Krankheit leichter zu überwinden.

Bei der Ausweisung von Wohngebieten ist es in erster Linie darum ge- gangen, die Grundstückspreise so niedrig zu halten, daß sie auch von der arbeitnehmenden Bevölkerung in Georgsmarienhütte aufgebracht werden konnten. Das ist uns z. B. im Baugebiet Hakeneschfeld vor- bildlich gelungen. Alle Bauplätze sind bereits vergeben, die ersten Richtfeste sind bereits gefeiert. Bei der Schaffung von Grüngürteln und der Neuaufforstung kahler Flächen hat die SPD - Fraktion ein Zeichen gesetzt, indem sie 12 Blut- buchen stiftete und an mehreren (Fortsetzung Seite 2)

INHALT	Seite
Das aktuelle Interview	1
GiG stellt vor	2
Nicht ganz ernst gemeint	3
Aus der Ratsarbeit	4
Wußten Sie schon ...	4

Interview

Stellen im Stadtgebiet pflanzte. Inzwischen ist z. B. die kahle Fläche vor dem Schulzentrum am Carl - Stahmer - Weg wieder aufgeforstet.

GiG: Wie sieht es nun mit der Mitwirkung der Bürger aus?

H. Stahlmann: Im Wahlprogramm der SPD zu den Landtagswahlen findet sich folgende Forderung: Erweiterte Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen kommunaler Körperschaften.

Ein entsprechendes Gesetz ist verabschiedet. Vom 1. November 1977 an sind die Ausschusssitzungen des Rates öffentlich. Ausgenommen davon sind die Sitzungen des Verwaltungsausschusses. Alle Bürger haben die Möglichkeit, an diesen Sitzungen teilzunehmen und so die Meinungsbildung des Rates zu verfolgen. Ich kann hier nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß diese Chance von den Bürgern genutzt wird.

GiG: Wir möchten das Interview gern mit einem Ausblick auf das nächste Jahr schließen. Welche Aufgaben hat sich die SPD-Fraktion vorgenommen?

H. Stahlmann: Aus der Fülle der Aufgaben nenne ich die vordringlichsten:

1. Geburtenstarke Jahrgänge werden im Sommer aus den Schulen entlassen. Für sie müssen Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Die SPD wird daher der Ansiedlung von neuen Gewerbebetrieben nur dann zustimmen, wenn diese Betriebe auch Arbeits- und Ausbildungsplätze für unsere Jugendlichen vorhalten.
2. Die SPD - Fraktion wird sich dafür einsetzen, daß unverzüglich die notwendigen Verhandlungen über Grundstücksangelegenheiten aufgenommen werden, deren positiver Abschluß die Voraussetzung dafür ist, daß der Ausbau der Rad- und Fußwege zwischen Oesede und Kloster-Oesede auf der einen Seite und zwischen Holzhausen und Alt-Georgsmarienhütte auf der anderen Seite vorgenommen werden kann.
3. Bei der Ausweisung von neuen Baugebieten wird die SPD bemüht sein, die Baulandpreise niedrig zu halten, und dafür sorgen, daß Grünzonen erhalten bzw. geschaffen werden, damit GMHütte auch weiterhin "Stadt im Grünen" bleibt.

PPA

GiG stellt vor:

An dieser Stelle möchte GiG den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt die Ratsherren der SPD - Fraktion mit Bild, kurzem Lebenslauf und Tätigkeit im Rat vorstellen. Die Vorstellung erfolgt in alphabetischer Reihenfolge.



BOLTE, Manfred
Schönblick 10
Tel. 30914
Stadtteil
Alt-GMHütte

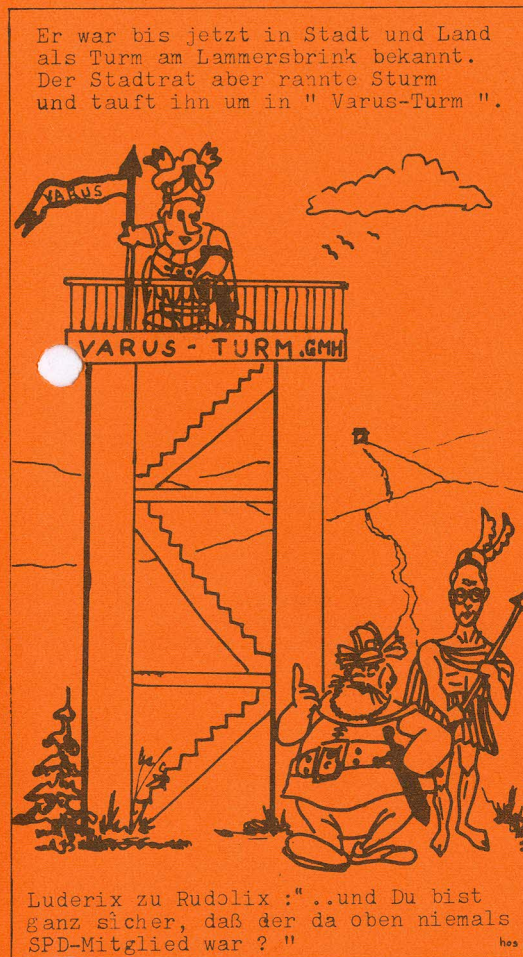
Manfred Bolte wurde am 15.9.1941 in Georgsmarienhütte geboren. Nach der Volksschule schloß er im Jahre 1959 die Schlosserlehre bei den Klöckner Werken ab. Die Techniker Ausbildung in Osnabrück wurde 1963 mit Erfolg abgeschlossen. Heute ist er als Leiter der Reserveteilhaltung im Klöckner Werk Georgsmarienhütte tätig.

Manfred Bolte ist seit 1966 verheiratet und hat 2 Kinder. 1972 hat er für sich und seine Familie ein Haus am Schönblick gebaut. In seiner knappen Freizeit - neben Beruf und Kommunalpolitik - betreibt er gern Sport. Mit der Politik befaßt er sich schon seit "jungen" Jahren. Er wurde 1959 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und arbeitet seitdem aktiv in den SPD-Organisationen der Stadt Georgsmarienhütte. 1976 wurde er in den Stadtrat gewählt und ist ordentliches Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Planung und Wirtschaftsförderung
Jugend und Sport
Familie und Soziales

Manfred Bolte will durch seine Arbeit im Rat der Stadt dazu beitragen, daß die Ziele der SPD in GMHütte zum Wohle aller Bürger verwirklicht werden können.

nicht ganz ernst gemeint



GiG

Herausgeber: Ortsverein & Ratsfraktion der SPD
Georgsmarienhütte

Verantwortlich: Kurt-Peter Path
Hochstr. 14, T.2232

Redaktion: K.-P.Path, H.O.Scholle

Mitarbeit: M.Bolte, H.Fricke,
K.Kraegeloh, M.Naujokat,
H.Stahlmann, W.Haunhorst

Druck: R. Lamkemeyer, GMHütte

nicht ganz ernst gemeint

von Fitten und Hannes

Fitten: "Du wirst es kaum glauben, aber ich habe die Absicht, mir einen Bungalow zu bauen, dazu eine große Halle, in der ich privat Tennis spielen kann. Das alles soll auf ein Grundstück von einigen Tausend Quadratmetern gebaut werden. Über die genaue Lage werde ich mich noch bei den Städten, die diese Grundstücke anbieten, informieren."

Hannes: "Städten??"

Fitten: "Genau! Ich werde mich als Gewerbetreibender ausgeben und um ein Grundstück nachsuchen, auf dem ich eine Halle errichte für meinen Betrieb."

Hannes: "Aber Du hast doch gar keinen Betrieb!"

Fitten: "Na und, meinst Du denn, daß es in Gewerbegebieten nur laufende Betriebe gibt, die flotte Steuerzahler sind?"

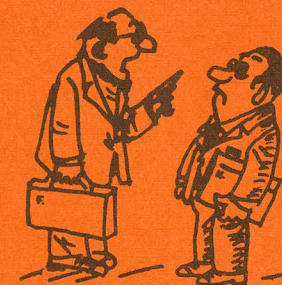
Hannes: "Aber kannst Du denn so ein Grundstück überhaupt bezahlen?"

Fitten: "Fürlich kann ich das. Die Grundstücke werden doch ganz billig verkauft und man bekommt ein Mehrfaches an Bauland für das Geld, das in Neubaugebieten gefordert wird. Und bei der Erschließung und bei der Finanzierung kommt man mir auch entgegen. Immerhin Sorge ich ja auch dafür, in der Stadt, in der ich mich ansiedele, neue und sichere Arbeitsplätze zu schaffen!"

Hannes: "Welche Arbeitsplätze meinst Du denn?"

Fitten: "Nun, bei Bau meines Bungalows und der Halle werden einige Leute einige Wochen Arbeit finden. Und vergiß nicht: in meiner Halle werde ich jahrelang Tennis spielen, fast täglich. Das ist doch auch Arbeit, oder nicht? Bis bald, Hannes!"

"Munter bleiben, Fitten!" K.K.



Aus der Ratsarbeit

SPD - Fraktion erteilt dem Stadtdirektor

keine Entlastung für Jahresrechnung 1975

In der letzten Ratssitzung am 25. Oktober hat die SPD-Fraktion der Entlastung des Stadtdirektors hinsichtlich der Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1975 (!) nicht zugestimmt.

Warum ?

Erinnern wir uns : In den Wahlausagen zur Kommunalwahl 1976 traten die SPD-Kandidaten unter anderem

für die Offenlegung und Kontrolle der städtischen Finanzen ein, damit

Kommunalpolitik durchsichtiger und bürgernäher wird. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß unsere Bürger ein Recht darauf haben, alles über den Verbleib der rd. 50 Millionen DM zu erfahren, die jährlich im Haushalt der Stadt zur Verfügung stehen. Ein erheblicher Teil des Geldes ist zwar durch gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen gebunden, aber etwa 20 % können für Bau- und Förderungsmaßnahmen nach Vorschlägen der Verwaltung und Beschlüssen des Rates und seiner Ausschüsse - hier hat die CDU die Mehrheit - ausgegeben werden. Die Kontrolle darüber, daß hierbei alles mit rechten Dingen zugeht, muß der Rat ausüben. Er wird dabei unterstützt durch das Rechnungsprüfungsamt.

Das Rechnungsprüfungsamt-kurz RPA- ist eine gesetzlich vorgeschriebene Einrichtung der Stadt Georgsmarienhütte und hat u.a. die Aufgabe, die Jahresrechnungen zu prüfen und laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Finanzvorfälle vorzunehmen.

Das RPA hat nun bei der Prüfung der Jahresrechnung 1975 (!) eine Reihe von Mängeln festgestellt. Sie waren zum Teil leichter, zum Teil auch schwerwiegenderer Natur. Zum größten Teil sind diese Mängel inzwischen behoben worden. Aber es stimmt doch wohl jeden Bürger bedenklich, daß das Rechnungsprüfungsamt erst im Jahre 1977 in der Lage ist, die Prüfung der Jahresrechnung für 1975 (!) vorzulegen.

Die SPD - Fraktion hat immer wieder gefordert, daß das Rechnungsprüfungsamt mit genügend Personal ausgestattet werden soll.

Mit dem " Nein " zur Entlastung des Stadtdirektors wollte die SPD - Fraktion vor allen Dingen ihre Forderung nach ausreichender personeller Ausstattung des Rechnungsprüfungsamtes deutlich machen. Das RPA muß nun endlich in die Lage versetzt werden, die Prüfungen so rechtzeitig vorzunehmen, daß ein Fehlverhalten und das Nichteinhalten gesetzlicher Bestimmungen schon im Keim erkannt werden und gar nicht erst zum Tragen kommen können.

Die CDU hat mit ihrer Mehrheit im Rat eine ordnungsgemäße Besetzung des Rechnungsprüfungsamtes bisher stets zu verhindern gewußt.

Warum ?

Was fürchtet die CDU ?

H.N.

wußten Sie schon, ...

- daß etwa 100.000 Familien mehr als bisher Wohngeld beziehen können ? Das ist möglich, nachdem die Einkommensgrenzen um 26 % bis 37 % erhöht wurden.

- daß durch das Gesetz zur Steuerentlastung der Fiskus auf 10,8 Milliarden DM verzichtet ? Dieser Verzicht kommt vor allem den kleinen und mittleren Einkommen zugute. Trotz Mehrbelastung durch die Mehrwertsteuererhöhung spart z. B. ein verheirateter Arbeitnehmer mit 2 Kindern und einem Jahreseinkommen von 36.000 DM an Steuern 464,- DM.

H